

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Gespräche über Zusammenarbeit

(spk) Indiens Verteidigungsminister Sharad Pawar beginnt am Dienstag in Washington mehrtägige Gespräche mit Verteidigungsminister Cheney über die Vertiefung der indisch-amerikanischen Zusammenarbeit. Nach Berichten indischer Zeitungen vom Montag werden das Atomprogramm Pakistans sowie indische Ausrüstungswünsche zentrale Gesprächsthemen sein.

Nationalkonferenz in Zaire

Nach dreimonatiger Unterbrechung nimmt die Nationalkonferenz in Zaire ihre Beratungen über politische Reformen wieder auf. Darauf haben sich Staatspräsident Mobutu Sese Seko, Ministerpräsident Nguza Karl-I-Bond und der Vorsitzende der Konferenz, Erzbischof Monsengwo Pasinya, geeinigt. Es sollen die Weichen für den Aufbau einer pluralistischen Demokratie gestellt werden.

Andorra: Wahlwiederholung

Die Parlamentswahl in Andorra vom Sonntag muss am kommenden Wochenende in drei der sieben Wahlbezirke wiederholt werden, weil dort keiner der Kandidaten die vorgeschriebene absolute Mehrheit erreicht hat. Dieser Wahl kommt besondere Bedeutung zu, da das neue Parlament zugleich verfassungsgebende Versammlung sein wird. Es handelt sich für den über 700 Jahre alten Staat um die erste geschriebene Verfassung.

Schwere Niederlage der Democrazia Cristiana

Rom (spk/dpa) Bei den italienischen Parlamentswahlen haben die Christlich-Demokraten Ministerpräsident Giulio Andreotti eine schwere Niederlage erlitten. Die bisher in Rom regierenden vier Parteien haben ihre Mehrheit verloren. Gewinner der Wahl sind mehrere kleine Protestgruppen, allen voran die rechtsgerichtete «Lega Nord» mit 9,2 Prozent.

Das geht aus den ersten Hochrechnungen des staatlichen Fernsehens RAI am Montag nachmittag hervor. Knapp zwei Stunden nach Schliessung der Wahllokale zeichnete sich ab, dass die DC das schlechteste Ergebnis seit ihrer Gründung erzielt hat. Die Hochrechnung, die sich auf die Wahl zum Senat bezieht, gibt der DC nur noch 25,1 Prozent. Vor fünf Jahren waren es 33,6 Prozent.

Ungewiss war zunächst das Ergebnis der Sozialisten. Während die Hochrechnung den Sozialisten einen Stimmenanstieg um 2,9 Prozent auf 13,8 Prozent (Senat) bescheinigte, ergab ein «Exit-Poll», die Befragung unmittelbar nach Schliessung der Wahllokale, leichte Verluste in der Wahl für die Abgeordnetenkammer.

Das Recht auf Gegendarstellung wird gesetzlich geregelt

Vorschau auf die Landtagssitzung in der nächsten Woche – Detailberatung über Gegendarstellungsrecht – Landtag positiv eingestellt

(G.M.) – Wer sich heute in seinen Persönlichkeitsrechten durch eine periodisch erscheinende Publikation verletzt fühlt, ist auf das Wohlwollen des Publikationsorgans angewiesen, sofern eine andere Darstellung oder Gegendarstellung erwünscht wird. Dies soll sich ändern, denn der Landtag wird sich in der Sitzung nächste Woche erneut mit der Frage des Gegendarstellungsrechts befassen. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird das Gesetz vom Landtag verabschiedet, denn im Verlaufe der Eintretensdebatte in der 1. Lesung im vergangenen Herbst stellte sich das Parlament positiv zu dieser Vorlage ein.

«Das Gegendarstellungsrecht stellt im heutigen Medienzeitalter ein zentrales Instrumentarium dar, welches einer betroffenen Person ermöglichen soll, sich rasch und mit gleichen langen Spiesen gegen ein Medienunternehmen zur Wehr zu setzen.» Mit diesen Worten begründete die Regierung den Antrag an den Landtag, der auf eine Motion der VU zur «Schaffung eines umfassenden Medienrechts» zurückgeht. Gleichzeitig wies sie auch darauf hin, dass ein Recht auf Gegendarstellung bis anhin nicht bestehe.

Medienrecht und Gegendarstellung

In anderen Staaten ist das Gegendarstellungsrecht, wenn auch unterschiedlich, geregelt. In der Begründung der VU-Motion wurde auf das Fehlen derartiger Bestimmungen in unserem Land verwiesen und die Forderung nach dem Füllen dieser Lücke aufgestellt: «In einem umfassenden Medienrecht sind auch Bestimmungen in bezug auf die Pflichten und die Verantwortung der Medienschaffenden wie auch in bezug auf die journalistische Sorgfalt zu verankern.

Der Schutz der persönlichen Sphäre hinsichtlich möglicher Verletzungen des Persönlichkeitsrechtes ist ein weiterer Punkt, welchem im Rahmen der Schaffung eines Medienrechts Rechnung zu tragen.» Da umfassendes Medienrecht verschiedene Bereiche umfasst, hat die Regierung diesen Sektor aus dem Gesamtpaket herausgenommen und eine Änderung des Personen- und Gesellschaftsrecht vorgeschlagen.

Heutige Rechtslage

Der Schutz der Persönlichkeit wird heute in unserem Land durch das Perso-

nen- und Gesellschaftsrecht aus dem Jahre 1926 geregelt. Nach Darstellung im Regierungsbericht kann jemand, der in seinen persönlichen Verhältnissen verletzt oder bedroht wird, die Beseitigung der Störung und die Wiederherstellung des früheren Zustandes verlangen, ohne dass ein Verschulden des anderen nachgewiesen werden muss. Liegt ein Verschulden vor, so besteht gemäss Personen- und Gesellschaftsrecht ein Anspruch auf Schadenersatz für die verletzte Partei.

Da derzeit in unserem Land ein eigentliches Presse- oder Radio- und Fernsehgesetz fehlt, in dem Bestimmungen über die Gegendarstellung ihren Platz haben könnten, hat sich die Regierung entschieden, mit einer Erweiterung des Personen- und Gesellschaftsrechts «zu einer umfassenden und raschen Lösung» zu kommen. Es erscheine sinnvoll, meint die Regierung in ihrem Bericht, die allgemeinen Vorschriften des Persönlichkeitsschutzes mit den besonderen Vorschriften in einem Gesetz zu erfassen.

«Germanisches Modell» für uns

Nach ausführlicher Darstellung des «romanischen Modells» der Gegendar-

stellung, das in Italien, Frankreich und Spanien praktiziert wird, und des «germanischen Modells», das in Deutschland, Österreich und der Schweiz zur Anwendung gelangt, entschied sich die Regierung für das «germanische Modell» für unser Land. Das «romanische Modell» unterscheidet nach Angaben der Regierung im Gegendarstellungsrecht nicht zwischen Tatsachenbehauptungen und Meinungen, während das «germanische Modell» nur die Tatsachenbehauptungen beachtet, während Meinungen frei sind und nicht Inhalt einer Gegendarstellung sein können. Die von der Regierung vorgeschlagene Regelung lehnt sich eng an das schweizerische Vorbild an. Im Grundsatzartikel wird das Recht auf Gegendarstellung ausdrücklich festgehalten: «Ist eine natürliche oder juristische Person oder eine Behörde durch Tatsachendarstellungen in periodisch erscheinenden Medien, insbesondere Presse, Radio und Fernsehen, in ihrer Persönlichkeit unmittelbar betroffen, so hat sie Anspruch auf Gegendarstellung.»

Mehr über das Gesetz im Innern der heutigen Ausgabe.

Sonderblock zur fürstlichen Silberhochzeit

Am 1. Juni erscheinen neue Briefmarken – Sondermarken «Botschaften» und Silberhochzeit des Fürstenpaares

(G.M.) – In diesem Sommer findet wiederum die grosse «Liechtensteinische Briefmarkenausstellung» (LIBA '92) statt. Zu dieser Ausstellung gibt die Postwertzeichenstelle am 1. Juni einen Sonderblock zur silbernen Hochzeit von Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie heraus, der einerseits das Fürstenpaar zeigt, andererseits das Allianzwappen Liechtenstein-Kinsky.

Vor dreissig Jahren, schreibt Dr. Walter Diggelmann im Begleitheft zur Briefmarkenausgabe, habe der damalige Erbprinz Hans-Adam erstmals eine liechtensteinische Briefmarkenausstellung eröffnet. Gleichsam als Erinnerung an diese Eröffnung wird zur diesjährigen LIBA '92 ein Sonderblock herausgegeben, der den Fürsten Hans-Adam II. zusammen mit Fürstin Marie zeigt. Hauptanlass für diesen Sonderblock, bestehend aus zwei Wertzeichen, bildet jedoch die Silberhochzeit des Fürstenpaares, womit Erinnerungen an das Jahr 1967 wach werden. Auf beiden Briefmarken, sowohl auf jener mit dem Bildnis des Fürstenpaares als auch auf jener mit dem Allianzwappen Liechtenstein-Kinsky, scheinen im Hintergrund mehrfach die Zahlen 25 auf – ein Hinweis auf das silberne Ehe-Jubiläum.

Gleichzeitig am 1. Juni gibt die Postwertzeichenstelle vier weitere Briefmarken zum Thema «Botschaften» heraus, die alle die Wertstufe 50 Rappen tragen.



Zur silbernen Hochzeit des Fürstenpaares erscheint am 1. Juni ein Sonderblock mit dem Bildnis von Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie sowie mit dem Allianzwappen Liechtenstein-Kinsky.

Die vier Botschaften sind vier verschiedenen Themen gewidmet: «Postillon d'Amour» für Liebesbriefe, «Eine wichtige Nachricht für ernste Themen» – diese beiden Postwertzeichen wurden vom Künstler und Karikaturisten Paul Flora entworfen. Von Martha Griebler stammen die Briefmarken mit der Botschaft «Hochzeit» und «Viel Glück».

Vier neue Briefmarken, die vielleicht

etwas aus dem Rahmen fallen, aber zweifellos auch ihre Abnehmer finden werden. «Die wirklich originelle und sympathische Viererreihe der «Botschaftsbriefmarken» verdient besonders auch in unserer schnelllebigen und mechanisiert-unpersönlichen Zeit», schreibt Dr. Walter Diggelmann, «zum Teil auch gar prosaischen Gegenwart gebührende Beachtung über die Kreise der Philatelisten hinaus.»

Machtverschiebungen ausgeblieben

Bern (spk) In Schwyz, Uri und Thurgau sind am Wochenende die Kantonsparlamente neu gewählt worden. So verschieden die Resultate ausgefallen sind – die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) hat in allen drei Kantonen leichte Verluste hinnehmen müssen. Im Kanton Schwyz, wo wie in Uri auch die Regierung gewählt wurde, erreichten nur zwei Kandidaten das absolute Mehr.

Sieben Regierungsräte waren im Kanton Schwyz zu wählen. Lediglich die beiden Wiederbewerber aus der CVP, Franz Marty und Margrith Weber, haben es geschafft. Die Schwyzer Parteien wollen das weitere Vorgehen für den zweiten Wahlgang am Mittwoch beraten.

Kräfteausgleich im Tessin

Bellinzona (AP) Die Tessiner Erneuerungswahlen in die Gemeindeexekutiven haben nach den stürmischen Erfolgen der Lega dei ticinesi vom Vorjahr wieder einen gewissen Kräfteausgleich gebracht. Mit der Eroberung von ein bis zwei Sitzen in den grossen Gemeinden Lugano, Bellinzona und Locarno und einem Wähleranteil von 17,6 Prozent konsolidierte die Lega aber ihre Position als dritte Kraft vor der vereinigten Linken. Führend bleibt die FDP mit einem Anteil von 36,6 Prozent, gefolgt von der CVP mit 27,6 Prozent.

Arbeitslosenquote auf Höchststand

Innerhalb eines Monats von 2,3 auf 2,5 Prozent gestiegen

Bern (AP) Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz ist im März auf einen neuen Höchststand gestiegen: Ende März waren 75.803 Arbeitslose eingeschrieben, die Arbeitslosenquote erreichte damit 2,5 Prozent. Das BIGA hofft, dass das geplante Rahmengesetz über die Hilfe an Langzeitarbeitslose auf Anfang 1993 in Kraft treten kann, wie Eric Rudin von der Abteilung Arbeitslosenversicherung am Montag auf Anfrage erklärte.

Innert Monatsfrist stieg die Zahl der Arbeitslosen um 3.341, innert eines Jahres gar um 43.533. Nachdem die Arbeitslosenquote im März 1991 noch bei 1,0 Prozent gelegen hatte, nahm sie zwischen Ende Februar und Ende März von 2,3 auf 2,5 Prozent zu, wie das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) mitteilte. Dies ist die höchste Arbeitslo-

senquote seit März 1939, als sie bei 3,1 Prozent gelegen hatte. Das BIGA geht davon aus, dass die Arbeitslosigkeit noch bis im Sommer zunimmt und sich dann stabilisiert, wie Rudin bekräftigte. Ein langsamer Rückgang der Arbeitslosenzahlen sei im kommenden Jahr zu erwarten.

Vor dem Hintergrund der starken Zunahme der Arbeitslosigkeit hat der Bund die Leistungen der Arbeitslosenversicherung (ALV) zugunsten der am stärksten betroffenen Kantone vor allem im Tessin und der Westschweiz sowie zugunsten der über 55-jährigen und Invaliden in den vergangenen Monaten schrittweise verbessert. Zurzeit arbeitet das BIGA am Entwurf für ein Rahmengesetz über eine gesamtschweizerische Arbeitslosenhilfe für Langzeitarbeitslose.

Deutschland: Regierungsbildung nimmt Konturen an

SPD will in Schleswig-Holstein alleine weitermachen – Anzeichen für grosse Koalition

Kiel/Stuttgart (AP) Einen Tag nach den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg hat am Montag die Regierungsbildung in beiden Ländern Kontur angenommen. In Kiel will die SPD, die nach einer Korrektur der vorläufigen amtlichen Endergebnisse nun doch die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag hat, mit Ministerpräsident Björn Engholm alleine weiterregieren. In Stuttgart, wo die Republikaner mit 10,9 Prozent ins Parlament kamen und damit regierungsfähige Mehrheiten sowohl von CDU und FDP als auch von SPD und Grünen verhinderten, wurde eine grosse Koalition immer wahrscheinlicher.

Der baden-württembergische SPD-Fraktionschef Dieter Spöri schloss eine

gemeinsame Regierung mit der CDU des Ministerpräsidenten Erwin Teufel nicht mehr aus. Spöri, der Spitzenkandidat bei der Landtagswahl war, sagte am Montag im Vormittagsprogramm von ARD und ZDF, niemand habe mit derart hohen Stimmenzahlen für die Rechtsradikalen gerechnet, auch er nicht. «Ich habe im Wahlkampf immer gesagt, es kann nicht unser Ziel sein, mit der CDU zu regieren», räumte Spöri ein. Aber jetzt müsse mit allen bisherigen Landtagsparteien geredet werden. «Ich kann nichts mehr ausschliessen», fügte Spöri hinzu, der noch drei Tage vor der Wahl eine grosse Koalition kategorisch abgelehnt hatte.

Wie Spöri strebt auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Günther Oettinger eine «stabile Regierung» für vier Jahre an. «Wir müssen jetzt zeigen, dass wir, auch

wenn Protestabgeordnete im Landtag sitzen, die konstruktive Politik fortsetzen können», erklärte der CDU-Politiker. Er halte deshalb auch nichts von einer Minderheitsregierung, weil es nicht nur darum gehe, den Ministerpräsidenten zu wählen, sondern im Parlament tagtäglich Mehrheiten für Entscheidungen etwa über den Landeshaushalt notwendig seien.

Während Oettinger aber nicht ausschliessen wollte, dass Neuwahlen notwendig werden könnten, sprach sich Spöri gegen einen weiteren Urnengang aus. «Ich bin dagegen, die Wähler zu korrigieren. Sie haben uns einen Schuss vor den Bug gegeben. Wir können jetzt nicht immer neu wählen lassen, bis was heraus kommt, was uns passt», sagte der SPD-Spitzenkandidat.